

Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Leistungsfähigkeit in Deutschland*

Martin Baethge/Peter Bartelheimer

1. Sozio-ökonomische Leistungsfähigkeit in Deutschland: Konzept für einen neuen Ansatz von Berichterstattung

„Erst in den unruhigen 70er Jahren, nach dem Ende des großen Booms ... begannen die Experten und vor allem Ökonomen zu erkennen, dass die ganze Welt und daher auch die Welt des fortgeschrittenen Kapitalismus eine außergewöhnliche, ja vielleicht sogar einzigartige Phase ihrer Geschichte durchlaufen hatte. Sie hielten nach Bezeichnungen für diese Phase Ausschau: Die Franzosen nannten sie die glorreichen Dreißig (les trente glorieuses) und die Angloamerikaner nannten das Vierteljahrhundert das ‚Goldene Zeitalter‘ (Golden Age). (...) Nach diesem Zusammenbruch konnte die Weltwirtschaft nie wieder zu ihrer alten Gangart zurückfinden. Ein Zeitalter war zu Ende. 1973 sollte wieder einmal ein Krisenzeitalter einläuten. Das Goldene Zeitalter hat seinen Goldglanz verloren. Dennoch: es hat die dramatischste, schnellste und tiefgreifendste Revolution in den menschlichen Beziehungen und im Verhalten der Menschen begonnen und weitgehend auch vollzogen, von der die Geschichte weiß“ (Hobsbawm 1995: 324 f.; 362).

Die Frage nach Leistungsfähigkeit des sozio-ökonomischen Entwicklungsmodells der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet das Erkenntnisinteresse, dem der Forschungsverbund durch einen neuen Ansatz gesellschaftswissenschaftlicher Berichterstattung Rechnung tragen will, und gibt dem Vorhaben seinen vorläufigen Arbeitstitel.

Der Leitfrage nach der sozio-ökonomischen Leistungsfähigkeit liegt die Annahme zugrunde, dass wirtschaftliche Leistung gesellschaftlich eingebettet ist. Wirtschaftliche und soziale Entwicklungen stehen in Wechselwirkung. Unterstützen sie einander, so schlägt sich dieser dynamische Verstärkungszusammenhang nicht nur in ökonomischen, sondern auch in gesellschaftlich positiv bewerteten sozialen Erträgen nieder. Möglich ist jedoch auch eine Entkopplung ökonomischer und gesellschaftlicher Leistung und sozialer Erträge. Der Forschungsverbund will die Wechselwirkungen zwischen sozialer und ökonomischer Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland empirisch untersuchen und in mög-

* Im Herbst 2000 begannen das Soziologische Forschungsinstitut (SOFI) in Göttingen, das Internationale Institut für empirische Sozialökonomie (INIFES) in Stadtbergen und das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) München im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung die gemeinsame Arbeit an einem Konzept zur regelmäßigen sozioökonomischen Berichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland. Im Juli 2001 konnte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg, das an der Konzeptentwicklung von Anfang an beteiligt gewesen war, ebenfalls die Mitarbeit im Forschungsverbund aufnehmen. Im Verbund übernimmt das SOFI für die Arbeit am ersten Bericht, der im Sommer 2003 erscheinen soll, die Projektleitung und Koordination. Der nachstehende Beitrag erläutert die konzeptionellen Grundlagen des Berichtsvorhabens. Für vielfältige Anregungen und hilfreiche Kritik danken wir Klaus Peter Wittmann.

lichst vielen Dimensionen anhand geeigneter Indikatoren beschreiben. Von einem sozio-ökonomischen Entwicklungsmodell zu sprechen und nach seiner Leistungsfähigkeit zu fragen, hat theoretische und normative Voraussetzungen, die im Folgenden entwickelt werden.

1.1. Ausgangspunkt und Fragestellung: Sozio-ökonomische Leistungsfähigkeit im Umbruch – aktuelle Diskurse

Die im Rückblick als „goldene Jahre“ (Hobsbawm) apostrophierten Nachkriegsjahrzehnte stehen für eine Dynamik im Verhältnis von Wirtschaftlichem und Sozialem, in der wirtschaftliches Wachstum, sozialstaatlich gestützt, mit sozialem Fortschritt Hand in Hand ging und durch Veränderungen in der Lebensweise und im Konsum verstärkt wurde (vgl. Lutz 1984). Man kann diese Konstellation das deutsche Produktions- und Sozialmodell nennen. Nach ersten Krisenerscheinungen dieses Entwicklungsmodells etwa um Mitte der 70er Jahre folgte eine lange Debatte in politischer Öffentlichkeit und Wissenschaft über die Tragfähigkeit des deutschen Entwicklungspfades und Sozialmodells, flankiert durch Ansätze einer neoliberalen Politik der Deregulierung. Den Kern des bis heute nicht zum Abschluss gekommenen Diskurses, an dem ganz unterschiedliche sozialwissenschaftliche Disziplinen und theoretische Schulen beteiligt sind, bildet die Frage, ob die sozialen Institutionen und politischen Regulierungen des deutschen Entwicklungspfades weiterhin eine produktive Rolle für wirtschaftliches Wachstum spielen könnten oder eher zu dessen Hemmung und Blockierung beitragen. Damit war die Diskussion über das Verhältnis von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, ihren außerökonomischen Voraussetzungen und ihren sozialen Erträgen neu eröffnet.

- Für die Bundesrepublik markieren die Beiträge der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997) den Übergang zu einem anderen Argumentationsmuster: In ihren Vorschlägen, die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes zu verbessern, stehen neoliberale Rezepte wie Privatisierung öffentlicher Infrastruktur, Stärkung

von Eigenverantwortung und Selbständigkeit, Senkung von Steuern und Sozialabgaben und stärkere Differenzierung der Arbeitseinkommen neben Empfehlungen, die auf Arbeitsmarkteffekte durch soziale Veränderungen setzen: etwa Eigenarbeit durch kommerzielle Dienstleistungen zu ersetzen oder das individuelle Arbeitsangebot durch kleinere Stückelung von Arbeitszeiten oder durch Bürgerarbeit zu reduzieren.

- Die Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung (1998) entwickelt mit ihren Reformprojekten zur Verbesserung der Innovationsfähigkeit und zur Stärkung der Humanressourcen, zu verbesserten Beschäftigungsmöglichkeiten für Niedrigqualifizierte, zum Wandel der Familie und zur umweltverträglichen Lebens- und Wirtschaftsweise Strategien, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialen Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit auszubalancieren suchen.
- Die Politik des „Dritten Wegs“ (Giddens 1999, 2001) setzt Modernisierung nicht mit Wirtschaftswachstum gleich, sondern versteht sie als gesellschaftliche Aufgabe, die zugleich die ökologische Sensibilisierung aufzunehmen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken hat.
- Die „Strategie von Lissabon“ der Europäischen Union sucht nach einer „positive(n) und dynamische(n) Wechselwirkung zwischen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik“; sie sieht im „europäischen Gesellschaftsmodell“ ausdrücklich ein sozio-ökonomisches Entwicklungsmodell, in dem z.B. entwickelte Systeme sozialer Sicherung den Übergang zu einer „wissensbasierten Wirtschaft“ unterstützen (Europäischer Rat 2000).
- Seit Mitte der 90er Jahre findet eine breite internationale Debatte in Sozialwissenschaften und Ökonomie statt, welche die Veränderungen der weltwirtschaftlichen Konstellation, die sich in den beiden letzten Jahrzehnten herausgebildet hat, für die institutionell unterschiedlichen Entwicklungsmuster kapitalistischer Gesellschaften reflektiert (vgl. für viele Aglietta 2000; Boyer/Durand 1997; Castells 1996 sowie die Beiträge in Berger/Dore 1996; Crouch/Streeck 1997; Kitschelt/Lange/Marks/Stephans 1999; Kocka/Offe 2000; Wehler 2000). Die Auflösung des Systems stabiler Wechselkurse seit dem Kollaps von Bretton Woods (1971) und die zunehmende Verselbstständigung der Finanzmärkte, die Verschärfung des Wettbewerbs durch Ausdehnung und Beschleunigung des internationalen Warenaustauschs (unter Einbeziehung der ehemals kommunistischen Staaten in Osteuropa und Asien), der Strukturwandel von Ökonomie und Beschäftigung in Richtung auf Dienstleistungen und nicht zuletzt die rapide Verbreitung neuer IuK-Technologie signalisieren in diesen Debatten das „Ende des sogenannten goldenen Zeital-

ters von kraftvollem Wirtschaftswachstum und politischer Stabilität“ (Kitschelt u.a. 1999, S. 3).

Die Formel von sozio-ökonomischer Leistungsfähigkeit nimmt auf, was diesen ganz unterschiedlichen politischen wie wissenschaftlichen Wortmeldungen gemeinsam ist: Dass sie soziale Beziehungen und politische Regulierungen als relativ autonome außerökonomische Faktoren gesellschaftlicher Entwicklung ernst nehmen und nicht nur als Barriere, sondern auch als mögliche Ressource der ökonomischen Entwicklung sehen.

1.2. „Produktions- und Sozialmodell“ der Nachkriegszeit als Bezugspunkt der Berichterstattung

Den realgeschichtlichen Hintergrund für die angeführten Diskurse bilden seit Mitte der 70er Jahre zunehmende Anzeichen dafür, dass Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik wie der entwickelten kapitalistischen Staaten insgesamt die Entwicklungsrichtung geändert haben. Ausgangspunkt des Berichtsvorhabens ist die Hypothese, dass sich heute der in den Nachkriegsjahrzehnten entwickelte und stabilisierte Zusammenhang von ökonomischer Effizienz und sozialen Erträgen zu entkoppeln begonnen hat und die Suche nach einer neuen Balance zwischen ökonomischem und sozialem Leistungssystem auf der Tagesordnung steht.

Die innere Auszehrung einer Konstellation, für die in der „alten“ Bundesrepublik politische Schlagworte wie „soziale Marktwirtschaft“ oder „Modell Deutschland“ gebräuchlich waren, wird in den 90er Jahren von einer Transformationskrise überlagert, die auf den Zusammenbruch des staatssozialistischen Systems folgte und mit der ökonomischen und institutionellen Eingliederung der neuen Bundesländer nicht beendet ist.

Der These vom Umbruch des (west-)deutschen Produktions- und Sozialmodells liegt nicht der Anspruch zugrunde, die Entwicklung der Gesellschaft insgesamt zu erklären oder als epochale Veränderung zu deuten. Sie hat vielmehr ein bestimmtes sozio-ökonomisches Ent-

wicklungsmodell zum Gegenstand, das für die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Gültigkeit hatte und in dem sich hohe gesamtwirtschaftliche Wachstumsraten, ein Produktionsapparat, der steigende Massenkaufkraft und bestimmte Formen des Massenkonsums voraussetzt, kollektivvertragliche Regulierung und sozialstaatliche Absicherung des Lohnarbeitsverhältnisses, ein hoher Beschäftigungsgrad und tiefgreifende Veränderungen der Lebensweise wechselseitig verstärkten. Aus diesem Muster des Austauschs zwischen Marktsystem und Lebenswelt, zwischen Ökonomie und gesellschaftlichen Lebensformen, an dem sich gängige Vorstellungen von sozio-ökonomischer Leistungsfähigkeit orientieren, sind also die Bezugspunkte für die Beobachtung heutiger Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen zu gewinnen.

Für dieses Entwicklungsmodell hat sich, ausgehend von der Regulationstheorie, der Begriff „Fordismus“ eingebürgert, den wir kritisch verwenden, ohne die damit bezeichnete Faktorenkonstellation ursächlich auf eine bestimmte Form industrieller Arbeit zurückzuführen (vgl. Kaufmann 1997: 54 – vgl. unten: Abschnitt 1.4. dieses Papiers). Dass die genannten ökonomischen und außerökonomischen Faktoren einen gleichgerichteten Wirkungszusammenhang eingingen, machte die relative Stabilität des Entwicklungsmodells aus, und dieser Wirkungszusammenhang gibt das Kriterium für seine historische Datierung. Die Rekonstruktion des inneren Zusammenhangs, den diese Faktoren in diesem sozio-ökonomischen Modell eingingen und der dessen historisch spezifische „Leistungsfähigkeit“ ausmachte, bildet den Ausgangspunkt des Berichtsvorhabens.

Die bundesrepublikanische Variante des (Nachkriegs-) Fordismus¹ lässt sich durch die folgenden Merkmale charakterisieren:

¹ Dies meint über die Adaption des Fordismus durch den deutschen Entwicklungspfad hinaus auch die spezifische Einbettung der Bundesrepublik in die Weltwirtschaft der Nachkriegszeit und die besondere Rolle von Westdeutschland in der weltpolitischen Konstellation.

- Auf der *ökonomischen Ebene* eine starke industrielle (Massen-)Produktion² mit hoher Exportorientierung und einer starken Position auf dem Weltmarkt. Getragen und entwicklungsfähig war das industrielle Produktionsmodell durch qualifizierte Belegschaften (Facharbeiterausbildung und –insatz) in zumeist vertikal hochintegrierten Groß- und Mittelbetrieben sowie durch stabile industrielle Beziehungen (duales Prinzip der Interessenrepräsentation), die im Sinne einer Konfliktpartnerschaft die ökonomischen Verteilungsprozesse regelten und die Erhöhung der Produktivität mit steuerten. (Für letzteres stehen etwa Rationalisierungs- und Produktivitätspakte inner- und überbetrieblicher Art in den 60er Jahren [vgl. Müller-Jentsch 1999].) Im Bereich der Erwerbsarbeit dominierte ein als kontinuierliche Vollzeitwerbsarbeit gefasstes Normalarbeitsverhältnis.
- Auf der politischen Ebene war dieser Typ von Fordismus durch demokratische und sozialstaatliche Teilhaberechte und - institutionell - einen in kollektiven Identitäten von Beruf und Arbeit verankerten Korporatismus geprägt, der insbesondere auf die sozialstaatlich vermittelten Verteilungsprozesse sowie auf die Arbeit-, Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik großen Einfluss hatte (und hat) und als politisch-sozialer Integrationsmechanismus wirkte. Er konnte dies nicht zuletzt und so lange leisten, wie er ein leistungsfähiges Sozialversicherungssystem für die große Mehrheit der (abhängig) Erwerbstätigen sicherte, das auf Beitragsfinanzierung und Zwangsversicherung basierte.
- Auf der gesellschaftlichen Ebene korrespondierte dem ein wesentlich auf den männlichen Haupter-nährer abgestellter Familientypus mit klarer Rollentrennung zwischen Mann und Frau (vgl. Kaufmann 1997; Zukunftskommission der Friedrich-

Tabelle 1:**Bruttoinlandsprodukt, Arbeitsvolumen und Arbeitsproduktivität (Deutschland)**

(durchschnittlicher jährlicher Anstieg in %)

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt ^{1),3)}	Arbeitsvolumen	Erwerbstätige	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Produktivität je Erwerbstätigen	Produktivität je Erwerbstätigenstunde	durchschnittl. Jährliche Arbeitslose ²⁾
Westdeutschland	Preise von 1991	vor Revision			Preise von 1991		
1950-58	9,9	0,9	2,5	-1,2	5,9	8,1	-6,3
1959-67	5,5	-0,1	0,8	-0,8	10,3	12,0	-0,4
1968-75	3,2	-1,1	0,1	-1,2	3,1	4,8	29,0
1976-82	1,5	-0,4	0,4	-0,8	1,1	1,9	10,4
1983-93	2,7	0,1	1,0	-0,8	1,6	2,5	0,0
Deutschland	Preise von 1995	nach Revision 1999			Preise von 1995		
1994-2001	1,5	-0,2	0,5	-0,7	0,9	1,7	0,5

1) Real, in Preisen von 1991 bzw. 1995

2) Bestand im Jahresdurchschnitt

3) bis einschließlich 1959 ohne Saarland und Berlin; bis einschließlich 1988 nur Westdeutschland

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IAB, eigene Berechnungen

2 Die deutsche Industrie im Fordismus war nicht nur Massenproduktion. Sie umfasste auch Felder, die eher der Einzel- oder Kleinserienfertigung zuzurechnen sind, wie z. B. den Maschinenbau. Die für die deutsche Industrie typische Verknüpfung von prozessbetrieblicher Massenfertigung und mittelständischer Kleinserienproduktion verhinderte, dass der Taylorismus sich ähnlich umfassend durchsetzte wie in USA, und bewirkte, dass das „Facharbeiter“-Modell relativ stark blieb (vgl. Wittke 1996).

Ebert-Stiftung 1998; Bertram 2000), die eine niedrige Frauenerwerbsquote und ein hohes Maß familiärer Eigenarbeit zur Folge hatte, starke Bindungen in lokalen Gemeinschaften, steigender Massenkonsum (von vor allem industriell gefertigten Gütern) und „soziale Nivellierung nach oben“ (Siegrist 1997).

Wie diese Merkmale zeigen, war die fordistische Industriegesellschaft in der Bundesrepublik immer mehr als eine nur ökonomische Produktionsverfassung: nämlich ein komplexes und kompaktes sozio-ökonomisches Modell, das Produktionsorganisation, Reproduktionsweisen und (insbesondere starke korporatistische) Formen gesellschaftlicher und politischer Integration kurzschloss.

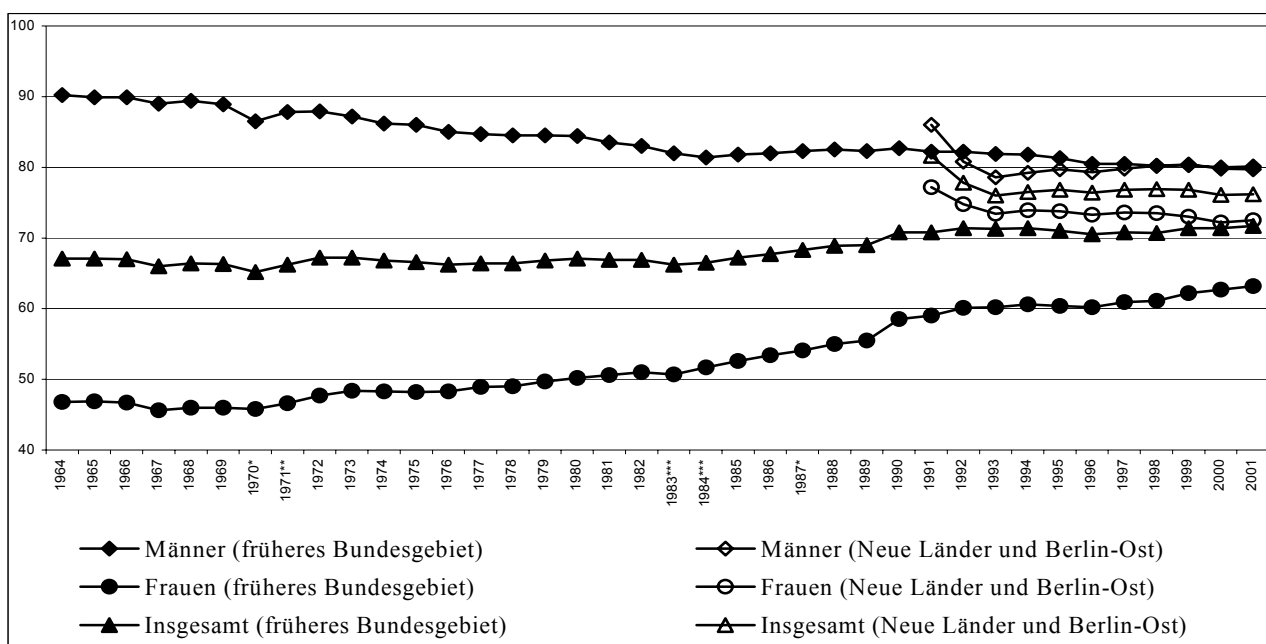
Sinkende durchschnittliche Wachstumsraten und das Wiederauftreten von Massenarbeitslosigkeit sind die wichtigsten ökonomischen Indikatoren für eine Störung dieser Nachkriegskonstellation. Ab der Mitte der 70er Jahre scheint die Dynamik dieses Modells erschöpft und

die Gesellschaft in eine Periode des Umbruchs einzutreten (vgl. Tabelle 1). In den drei Konjunkturzyklen seit 1976 liegen die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts nur noch zwischen 1,5 und 2,7%. Das Arbeitsvolumen stagniert, die langsame, aber stetige Zunahme der Erwerbstätigenzahlen führt bei stetig sinkender Arbeitszeit je Erwerbstätigen und zwar schwächerem, aber ebenso stetigem Produktivitätszuwachs nicht zum Abbau der in den 70er und 80er Jahren aufgebauten Arbeitslosigkeit.

Eingebettet sind diese Veränderungen bei den zentralen makro-ökonomischen Kennziffern in strukturelle Verschiebungen im industriegesellschaftlichen Entwicklungsmodell der Nachkriegszeit, die eine Rückkehr zur alten sozio-ökonomischen Konstellation unwahrscheinlich machen:

- Nach Absinken der kriegsbedingt hohen Frauenerwerbsquoten in den 50er Jahren kommt es in Westdeutschland seit Mitte der 60er Jahre zu einer kontinuierlichen Ausweitung der Frauenerwerbsarbeit (vgl. Abbildung 1), die nicht ohne Auswirkung auf das Familienarrangement bleibt.

Abbildung 1:
Erwerbsquoten von Männer und Frauen (Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung von 15 bis 65 Jahren) 1964-2000



* Revidierte Hochrechnung (Basis VZ 1970 bzw. 1987).

** Bis zum Jahre 1971 Erwerbstätige ohne Soldaten; ab 1972 einschl. Soldaten.

*** EG-Arbeitskräftestichprobe.

Quelle: StaBu., eigene Berechnungen.

- In der Struktur von Beschäftigung und Wertschöpfung verstärkt sich der Trend zur Dienstleistungs- und Informationswirtschaft, der sich nicht allein quantitativ - etwa drei Viertel der aktuellen Erwerbstätigen gehören schon heute zu diesen Bereichen -, sondern vor allem auch qualitativ in neuen Beschäftigungsformen niederschlägt (vgl. Baethge/Wilkens 2001).
- Auf der Ebene der betrieblichen Organisation der Erwerbsarbeit verliert - trotz starker Tendenzen zu einer Unternehmenskonzentration - der Großbetrieb und gewinnen dezentrale (mittel-/kleinbetriebliche) und zunehmend auch virtuelle und telekooperative Formen an Gewicht (vgl. Sauer/Döhl 1997), was weitreichende Folgen für die soziale Konstruktion der Arbeitsverhältnisse³ hat.

Auch auf der Ebene des gesellschaftlichen Zusammenlebens kommt es zu tiefgehenden Veränderungen und einem weitreichenden Wandel von Wertorientierungen, Verhaltensweisen und Familien- bzw. Haushaltsformen.

- Im Gefolge des demographischen Sprungs im letzten Jahrhundert und des demographischen Übergangs Anfang der 70er Jahre „wandern“ sehr unterschiedlich starke Kohorten durch die Alterspyramide - bei deutlicher Alterung von Erwerbstätigen und vor allem Nichterwerbstätigen.
- Die Pluralisierung von Lebensstilen löst zwar alte Ungleichheiten und Strukturierungen nicht auf, macht diese aber schwerer fassbar.
- Die Pluralisierung von Haushalts- und Familienformen führt zu veränderten Reproduktionsbedingungen - mit deutlichen Wohlfahrtseffekten -, die nicht ohne Folgen im Erwerbssystem bleiben (z.B. Vordringen von Doppelerwerbstätigenhaushalten und weniger (männliche) Hauptnährer-Familien; mehr Alleinlebenden- bzw. Alleinerziehendenhaushalte).
- Ein insgesamt deutlich gestiegenes (Aus-) Bildungsniveau führt neben veränderten Ansprüchen an Arbeit auch zu komplexeren gesellschaftlichen Teilhabe- und Selbstentfaltungsansprüchen (vor allem bei Frauen und Jüngeren) -, gleichzeitig verstärken sich für die weniger leistungsfähigen Personen multiple Exklusionsrisiken.
- Mit den Emanzipationsansprüchen und dem gestiegenen Wohlstand gehen Verschiebungen in den Bedürfnissen einher, die bestehende institutionelle Arrangements zu überfordern drohen und Veränderungen derselben nahelegen.

³ Unter sozialer Konstruktion der Arbeitsverhältnisse fassen wir sowohl die betrieblichen Kompetenz- und Statusdefinitionen sowie Kooperationsformen als auch die sozialen und zeitlichen Arrangements zwischen Arbeit und Privatleben.

3. Zum Verhältnis von historischem Hintergrund und normativem Bezugspunkt

„In Lissabon haben die Mitgliedstaaten Folgendes erklärt: ‚Das europäische Gesellschaftsmodell mit seinen entwickelten Sozialschutzsystemen muss die Umstellung auf die wissensbasierte Wirtschaft unterstützen.‘ Sie haben Folgendes hervorgehoben: ‚Die Menschen sind Europas wichtigstes Gut und müssen im Zentrum der Politik der Union stehen. Investitionen in die Menschen und die Entwicklung eines aktiven und dynamischen Wohlfahrtsstaates werden von entscheidender Bedeutung sowohl für die Stellung Europas in der wissensbasierten Wirtschaft als auch dafür sein, sicherzustellen, dass die Herausbildung dieser neuen Wirtschaftsform die schon bestehenden sozialen Probleme Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und Armut nicht noch verschärft.‘ (...) Im Mittelpunkt der Mitteilung der Kommission steht das Erfordernis, für eine positive und dynamische Wechselwirkung zwischen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik zu sorgen und alle Akteure zur Verwirklichung dieses strategischen Ziels zu mobilisieren.“ Europäischer Rat 2001.)

Sozio-ökonomische Leistungsfähigkeit stellt weder einen „eingeführten“ Maßstab zur Bewertung der gesellschaftlichen Entwicklung dar noch ein unmittelbar „berichts-fähiges“ Konzept. Berichtssysteme haben notwendigerweise eine wertrationale Seite. Ihre Kategorien sind immer politisch und wissenschaftlich, normativ und analytisch zugleich: Indem sie gesellschaftliche Entwicklungen zu erfassen suchen, messen sie diese an Normalitätsvorstellungen und Entwicklungszielen.

Berichtssysteme zur wirtschaftlichen Entwicklung beispielsweise können sich bei der Erarbeitung ihrer Konzepte auf zwar hinterfragbare, jedoch gesellschaftlich mächtige und durch den Markt anerkannte Bewertungen stützen. Das Ergebnis ist ein gesellschaftlich gültiger „Sammelindikator“, der zwar seine Grenzen hat (das Bruttoinlandsprodukt ist kein Wohlfahrtsmaß), aber in diesen Grenzen ökonomische Effekte schlüssig misst, zugleich freilich unter der Hand einen spezifischen normativen Maßstab etabliert.

Den Sozialwissenschaften konnte es schon deshalb nicht gelingen, der Berichterstattung über wirtschaftliche Leistung ein vergleichbar geschlossenes gesellschaftliches Berichtssystem gegenüber zu stellen, weil sich Ef-

fekte in ihren Beobachtungsfeldern nicht auf eine Dimension reduzieren lassen und weil der Konsens über Maßstäbe ihrer Bewertung immer wieder neu über politische Diskurse zu suchen ist. Dass die Landschaft der Sozialberichterstattung vergleichsweise unübersichtlich geblieben ist, liegt insofern auch an ihren Gegenständen.

Noch schwieriger wird die Aufgabe der Berichterstattung, wenn die Wechselwirkung ökonomischer und sozialer Faktoren beobachtet werden soll. Ein solcher Berichtsansatz bekommt es mit Gegenständen zu tun, die je nach ihrem ökonomischen oder sozialen Zusammenhang verschieden bewertet werden können. Während wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eindimensional definiert werden kann, setzt die Frage nach der sozio-ökonomischen Leistungsfähigkeit die relative Autonomie von Lebensformen gegenüber der Ökonomie voraus und berührt von vornherein mehrere Zieldimensionen. Eine zusätzliche Schwierigkeit erwächst aus der Situation des gesellschaftlichen Umbruchs, in der nicht nur objektive Faktorenkonstellationen, sondern auch subjektive Bewertungsmaßstäbe in Bewegung geraten und ein übergreifender Konsens über gesellschaftliche Entwicklungsziele überhaupt fraglich wird.

Sozio-ökonomische Leistungsfähigkeit soll als Fragestellung oder „sensitizing concept“ des Berichtsansatzes dienen. Dies ist nicht so zu verstehen, als könne es darum gehen, einen schlüssigen, zusammenfassenden Ausdruck sozialer Erträge der Ökonomie oder sozialer Ressourcen für die Ökonomie zu finden. Ein gesellschaftlich gültiger „Sammelindikator“ dieser komplexen Art von „Leistungsfähigkeit“ ist nicht in Sicht, und es hat ihn auch in früheren Zeiten nicht gegeben. Was es gegeben hat, sind „Normalitätsannahmen“ (Kaufmann 1997) von hoher Konsensfähigkeit über eine solche Leistungsfähigkeit, die im „Modell Deutschland“ ihren Ausdruck fanden.

Der historische Bezugspunkt der Umbruchhypothese sind die ersten drei Jahrzehnte der Nachkriegszeit. Dieser Bezugspunkt stellt keine normativen Maßstäbe für

die Analyse der Veränderungen in den letzten beiden Dekaden dar. Er kann das Verständnis dafür stärken, was sich im Verhältnis von ökonomischen und sozialen Prozessen verändert hat, liefert aber keine Kriterien für die Bewertung der Veränderungen. Zwar lagen dem Wirtschafts- und Sozialmodell der Nachkriegszeit auch normative Annahmen bzw. implizite „Normalitätsannahmen“ über den wechselseitigen Zusammenhang von Ökonomischem und Sozialem und über deren relativ gleichgerichtete Entwicklung zugrunde, so etwa die der Korrespondenz von Wirtschaftswachstum und Einkommenszuwachs (als Teilhabe der Arbeitnehmer am Produktivitätsfortschritt und Preis gleichsam für ihre Zustimmung zur Rationalisierung) oder die zwischen männlich definiertem Normalarbeitsverhältnis und Familienform („Haupternährer“-Prinzip; vgl. Ostner 1998). Solche Normalitätsannahmen reflektieren eine bestimmte historische Konstellation des sozio-ökonomischen Zusammenhangs und haben durch die zwischenzeitliche Entwicklung ihre Selbstverständlichkeit eingebüßt. Sie zum Maßstab einer aktuellen Berichterstattung zu machen, hieße in die Vergangenheit zurückkehren zu wollen und würde auch die sozialen Kosten dieser Konstellation ausblenden, etwa die tayloristischen Arbeitsbedingungen oder die fehlende Gleichberechtigung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft.

Was unter sozio-ökonomischer Leistungsfähigkeit zu verstehen, und gar, wie diese zu messen sei, kann nicht im wissenschaftlichen Diskurs allein geklärt werden. Berichterstattung hierzu muss an gültigen gesellschaftlichen Maßstäben und Ergebnissen politischer Willensbildung ansetzen. In der Frage des normativen Maßstabs orientieren wir uns an jenem Konsens über die Ziele eines europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells, das auf der Tagung des Europäischen Rates in Nizza (07.-09. Dezember 2000) verabschiedet worden ist und einen allgemeinen normativen Rahmen für die Weiterentwicklung Europas durch die politischen Akteure darstellt, zu dessen Einlösung sich die Regierungen verpflichtet haben. Der Bezug auf den EU-Diskurs zieht seinen Sinn nicht allein aus der politischen Legitimation

des europäischen Zusammenhangs, sondern auch aus den inhaltlichen Verbindungslinien zwischen EU- und deutschem Sozialmodell, die beide gleichen Ursprungs sind.

Unter der strategischen Zielperspektive, die Europäische Union „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“, postuliert der Europäische Rat, ein europäisches Gesellschaftsmodell weiterzuentwickeln, in dem sich wirtschaftliches Wachstum und sozialer Zusammenhalt wechselseitig verstärken. Damit schließt der Europäische Rat an die sozialstaatlichen Traditionen vor allem der großen kontinentalen Staaten in West- und Nordeuropa an, freilich zugleich unter Betonung von deren Transformations- und Modernisierungserfordernissen. Als wesentliche Zielperspektiven eines europäischen Sozialmodells und einer seiner Verwirklichung folgenden Sozialpolitik sieht die Sozialagenda

- verstärkte Beteiligung am Arbeitsmarkt, insbesondere der dort unterrepräsentierten oder besonders benachteiligten Gruppen, und Erhöhung der Erwerbsquote;
- Sicherung des sozialen Zusammenhalts durch Sozialschutzsysteme auf hohem Niveau und Stärkung des sozialen Dialogs;
- Vermeidung einer Verschärfung von sozialer Ausgrenzung und Armut;
- verbesserte Partizipation an Bildung und Wissen, insbesondere bezogen auf lebensbegleitendes Lernen und Zugang zu den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien;
- Verbesserung des Lebensstandards (vgl. Europäische Sozialagenda 2001).

Während der neoliberale Diskurs soziale Erträge als bloße Folge von steigenden ökonomischen Erträgen verspricht und dazu eine einseitige Anpassung des gesellschaftlichen Umfelds an die Gebote der globalisierten Ökonomie fordert, ist in der „Lissabon-Strategie“ ökonomische Leistung an soziale Ziele rückgebunden, und erscheinen die sozialen Erträge wirtschaftlicher Dynamik als eigene politische Gestaltungsaufgabe. Die Bewertungsmaßstäbe für eine positive wechselseitige Verstärkung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Dynamik sind aber historisch wandelbar und gesellschaft-

lich umkämpft. Indem das Berichtsvorhaben sich auf diesen Diskurs bezieht, ist es selbst Teil der gesellschaftlichen Willensbildung über Bewertungsmaßstäbe der sozio-ökonomischen Entwicklung.

Es wäre naiv, den Zielkatalog der Sozialagenda für bare Münze und für eine unmittelbar reklamierbare Anleitung für konkrete Sozialpolitik zu nehmen. Auf die Barrieren für eine europaweite Sozialpolitik ist verschiedentlich mit Nachdruck hingewiesen worden (vgl. Pierson/ Leibfried 1998; Kaufmann 2001). Unabhängig aber davon, ob man eher zum Verdikt von Pierson/Leibfried, dass „Hoffnungen auf einen pan-europäischen Wohlfahrtsstaat ... tatsächlich begraben werden (sollten)“ (ebenda, S. 14) oder zu dem ein wenig optimistischeren (weil prozessbezogen argumentierenden) Skeptizismus Kaufmanns (vgl. ebenda, S. 985 f.) neigt - die Formulierung der Leitsätze reflektiert ein breit konsens- und berufungsfähiges politisches Selbstverständnis über den Zusammenhang von Wirtschaftlichem und Sozialem, das der Berichterstattung als normative Orientierung dienen kann.

Dies freilich hat Voraussetzungen, die einige theoretische und methodische Anstrengungen erforderlich machen:

- Zum einen vernachlässigt das Sozialmodell des Europäischen Rats im Interesse, die Unterschiede zwischen EU, USA und Japan herauszustellen, die innereuropäischen Unterschiede und je gesellschaftsspezifischen Entwicklungspfade, die in der Berichterstattung aber im Auge zu behalten sind.
- Zum anderen bezieht sich der Zielkatalog – wie schon andere Vorläufer auch (vgl. Kaufmann 2001, S. 986) – im Wesentlichen auf den Zusammenhang von Erwerbssphäre und sozialer Sicherung von Ökonomie und Sozialstaat und verfolgt damit ein sehr viel engeres Konzept sozio-ökonomischer Leistungsfähigkeit als unsere Berichterstattung (sowohl Arbeitsorganisation als auch „Lebenswelt“ sind nicht thematisiert).
- Schließlich wird man nicht verkennen dürfen, dass die EU die politisch-institutionelle Seite der Entwicklung betont, die immer stärker zu Kontinuität als zu Diskontinuität tendiert, während sich unser Augenmerk mehr auf die grundlegenden Austauschprozesse zwischen wirtschaftlichen und so-

zialen Prozessen in der Perspektive der Veränderung richtet.

Diese Punkte zeigen, dass der EU-Diskurs zum Europäischen Sozialmodell und die theoretische Selbstverständigung des Forschungsverbands über das Leitkonzept des sozio-ökonomischen Entwicklungsmodells sich nicht in allen Punkten entsprechen. Insofern kann es auch bei der Frage des normativen Maßstabs nicht um eine schlichte Übernahme von EU-Richtlinien gehen, sondern um die Transformation der hinter ihnen stehenden gemeinsamen Werte in spezifische Bewertungsmaßstäbe für Berichterstattungsthemen. Dies aber sollte möglich sein. Perspektiven wie Sicherung des sozialen Zusammenhalts, Vermeidung sozialer Ausgrenzung oder verbesserte Partizipation sind über die Erwerbsarbeit hinaus auch auf die Nichterwerbssphäre zu beziehen. (Dies wird in den beiden hier vorgestellten Themenfeldern in unterschiedlichen Aspekten auch bereits demonstriert.)

Der Versuch, die Frage nach der Leistungsfähigkeit des sozio-ökonomischen Entwicklungsmodells zum Ausgangspunkt gesellschaftswissenschaftlicher Berichterstattung zu machen, erhält durch den Bezug auf den EU-Diskurs zum europäischen Sozialmodell nicht nur politisch-programmatische, sondern auch praktische Bedeutung. Mit dem seit 1997 in der EU-Beschäftigungs- und Sozialpolitik üblichen Verfahren der „offenen Koordinierung“ ist auf europäischer Ebene eine Reihe von Ansätzen politiknaher Sozialberichterstattung entstanden: Die Entscheidungsinstanzen der EU definieren Zielvorgaben für Politikfelder (wie z.B. Beschäftigungsleitlinien, Ziele sozialer Integration) führen auf diese Ziele bezogene, teilweise standardisierte Nationale Aktionspläne zur Beschäftigung und zur sozialen Eingliederung zu EU-weiten gemeinsamen Berichten zusammen und definieren gemeinsame Indikatoren für diese Politikfelder. Die Arbeit des Forschungsverbands sollte wissenschaftliche Anstöße für diese Berichtskonzepte und Indikatorensysteme beitragen können.

1.4. Theoretische Bezugspunkte: Trends, Formation, Entwicklungspfad

Für die Berichterstattung ist zwar keine geschlossene Theorie des sozialen Wandels erforderlich, wohl aber ein theoretisch begründetes Erklärungsmuster für die als „Modell“ bezeichnete Periode, mit deren Ende sich die Frage nach dem Verhältnis von Ökonomie und Gesellschaft neu stellt. Der Verbund geht vom Umbruch *eines Wirtschafts- und Sozialmodells* aus, für dessen Datierung zwar gesamtwirtschaftliche Wachstums- und Arbeitslosigkeitsraten im Durchschnitt der Konjunkturzyklen als Leitindikatoren dienen können, der jedoch erst als verändertes Zusammenspiel ökonomischer und sozialer Muster zu verstehen ist. Es bedarf also wenn schon keiner geschlossenen Theorie sozialen Wandels, so doch eines theoretischen Konzepts, das die von der Berichterstattung erarbeiteten Daten und Kennziffern in der ihnen zugrundeliegenden Dynamik mit Blick auf das Verhältnis von Ökonomischem und Sozialem zu verstehen und zu interpretieren gestattet.

Die Sozialwissenschaften bieten für den skizzierten Richtungswechsel unterschiedliche Deutungsmuster an. Von ihnen unterscheidet sich das Konzept des Umbruchs in Bezug auf seinen *Zeithorizont*, die *Reichweite seines Erklärungsanspruchs* und seine Bewertung von *Kontinuität*. Wir wollen dies kurz mit Blick auf die in unserem Zusammenhang relevanten Deutungsmuster, welche die Sozialwissenschaften für den von uns skizzierten Richtungswechsel bereitstellen, deutlich machen: Trend, Formation, Entwicklungspfad.

Trend

Viele Veränderungen, die derzeit in den Sozialwissenschaften zur Debatte stehen, lassen sich in *Trendbegriffen* beschreiben: Tertiarisierung, Globalisierung, Informatisierung, Individualisierung, weitergehende, reflexive oder nachholende Modernisierung. Auch solchen Trendtheorien des sozialen Wandels liegen nicht notwendig Kontinuitätsdiagnosen oder evolutionäre Denk-

figuren zugrunde; auch sie kennen Trendbrüche und Entwicklungssprünge oder „lange Wellen“ wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung (Zapf 1998, Wehler 2000). Der besondere diagnostische Gehalt der Umbruchhypothese gegenüber Trendkonzepten kann demnach nicht in einer stärkeren Gewichtung von Diskontinuitäten und Entwicklungsbrüchen liegen. Was die Umbruchhypothese des Verbunds von Trendkonzepten unterscheidet, ist vielmehr das Erkenntnisinteresse und damit das Kriterium für die Periodisierung historischer Entwicklungsphasen.

Eine Zeitdiagnose etwa, die sozialen Wandel als Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungs- oder Wissensgesellschaft zu deuten sucht (Fourastié, Bell, Tournaine, in neuerer Zeit Castells), greift zweifellos reale Trends der wirtschaftlichen Entwicklung auf, die erhebliche soziale Folgen haben. Sie unterstellt jedoch zugleich, dass sich eine historische Gesellschaftsformation zentral aus einer bestimmten Form konkreter Arbeit erklären lässt: früher aus Besonderheiten der Industriearbeit, heute aus solchen der Dienstleistung oder der „wissensbasierten“ Arbeit. Oder will man die Entwicklung europäischer Gesellschaften als „postindustrielle“ oder „subjektive“ Modernisierung deuten, so muss man „warme“ Muster gesellschaftlichen Zusammenlebens“, individuelle Autonomie und persönliche Mündigkeit zum „heute brauchbare(n) Maß der Modernität“ erklären (Hradil, Immerfall 1997). Für solche „langen“ Deutungen sozialen Wandels ließen sich viele weitere Beispiele anführen. Sie haben ihre Stärken in der Deskription und Klassifizierung ökonomischer Strukturen und mit ihnen verbundener sozialer Formen, z.B. der Beschäftigung, des Konsums, der Bildung u.a.. Doch versucht man gesellschaftlichen Wandel als Durchsetzung einer langfristigen, „säkularen“ Tendenz zu deuten, ihm also zumindest im Rückblick eine klare Richtung zu geben, so muss man ein Moment gesellschaftlicher Entwicklung zum bestimmenden Faktor erklären. Eine Trendwende oder ein Trendbruch in einer Leitdimension macht dann die neue Qualität der Entwicklung aus, die der Gesellschaft eine neue historische Gestalt aufprägt.

Der *Zeithorizont* der Umbruchhypothese ist bescheidener als derjenige der großen Trendtheorien: es geht nicht um die großen historischen Linien gesellschaftlicher Entwicklung, sondern um eine bestimmte Konstellation ökonomischer und sozialer Faktoren und ihre Erosion, mit den 70er Jahren als Wendepunkt. Das Berichtsvorhaben sucht die Besonderheit der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation im veränderten Zusammenspiel von Ökonomie, Gesellschaft und politischer Regulation. Die Normalitätsannahmen, die sich heute als fragwürdig erweisen, stammen aus einem relativ kurzen Vergleichszeitraum, in dem ein stabiles Zusammenspiel dieser Faktoren gelang. Als *Erklärungsansatz* „mittlerer Reichweite“ kommt die Umbruchhypothese zugleich ohne starke Zusammenhangsannahmen aus, wie sie eine Theorie gesellschaftlicher Entwicklung voraussetzen würde. Sie versucht, sozialen Wandel nicht auf den Begriff eines einzelnen, als zentral unterstellten, Entwicklungsmoments zu bringen, sondern Veränderungen im Zusammenwirken von ökonomischen und sozialen Faktoren zu erfassen.

Formation

Der Begriff des *sozio-ökonomischen Entwicklungsmodells* setzt in methodischer Hinsicht voraus, „dass die Hauptfragen der wirtschaftlichen Entwicklung (...) nur beantwortet werden können, wenn wir den Bereich der traditionellen ökonomischen Analyse überschreiten, die den Realismus der Verallgemeinerung so unbedenklich opfert, und wenn die Grenzen zwischen den „ökonomischen Faktoren“ und den „sozialen Faktoren“ (...) niedergerissen werden“ (Dobb 1980:42). In den heutigen Wirtschaftswissenschaften weisen besonders die regulationstheoretischen Beiträge das Paradigma der reinen Marktwirtschaft als Entwicklungsmodell zurück und gehen über das Wirtschaftsfach hinaus. Mit ihrer Zentralkategorie des Fordismus deuten sie die Periode als gelungene Entsprechung makroökonomischer und gesellschaftlicher Strukturen, d.h. als „Gesellschaftsprojekt“, und seine Auflösung als Krise des sozialen Zusammenhalts (Aglietta 2000: 12; vgl. Lipietz 1985,

Hübner 1988, Bieling 2000, Jessop 2001). Daher liegt es nahe, zur Rekonstruktion des bundesdeutschen Wirtschafts- und Sozialmodells als des historischen Bezugspunkts der Umbruchhypothese auf Kategorien der „Regulation“ zurückzugreifen.

Die theoretischen Konzepte der Regulationsschule wurden am Gegenstand der für uns maßgeblichen fordistischen Nachkriegskonstellation entwickelt und an der Krise ihres Gegenstands geschärft: Retrospektiv sollten in der Analyse der Nachkriegsprosperität die Merkmale identifiziert werden, die den länderübergreifenden Bruch in den Wachstumsraten, den Beschäftigungsniveaus und den Masseneinkommen seit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 erklären sollten.

Als makroökonomische Theorie der Krise des Fordismus oder des „Postfordismus“ diagnostiziert die Regulationstheorie in den heutigen kapitalistischen Gesellschaften ein „Vorherrschen der Diskontinuität“, nicht jedoch einen völligen Bruch mit bisherigen Entwicklungspfaden: „Der Wandel kann frühere soziale Beziehungen, Institutionen und Diskurse refunktionalisieren, indem er sie in einem neuen Rahmen aufhebt, oder sie auflösen, indem er selektiv einzelne ihrer Elemente in neue Beziehungen, Institutionen und Diskurse eingliedert.“ (Jessop 2001: 12.) Die Regulationsschule geht davon aus, dass kapitalistische Marktwirtschaften für ihre Reproduktion auf instabile und widersprüchliche Weise von wechselnden außerökonomischen Bedingungen abhängen (Jessop 2001: 13). Gegenstand der Regulationstheorie sind die in bestimmten historischen Phasen vorherrschenden institutionellen Mechanismen, die eine kontinuierliche Reproduktion der ökonomischen kapitalistischen Basisstrukturen gewährleisten (vgl. Hübner, Mahnkopf 1988). Zentral hierfür sind die Konzepte des Akkumulationsregimes und der Regulationsweise.

Dabei beschreibt der Begriff des „Akkumulationsregimes“ wirtschaftliche Grundstrukturen, die über kurz-

fristige Krisenzyklen⁴ hinweg für eine identifizierbare historische Periode stabil bleiben, während der Begriff „Regulationsweise“ den für diese Periode spezifischen Zusammenhang zwischen ökonomischen und institutionellen Strukturen einer Gesellschaft meint.⁵

Als Kern des fordistischen Produktions- und Sozialmodells wird ein stabiler Verstärkungszusammenhang zwischen Entwicklungen im Produktionssektor⁶ und in den Konsum- und Lebensweisen breiter Gesellschaftsschichten angenommen, der nur grob vereinfacht auf die Formel „Massenproduktion plus Massenkonsum“ gebracht werden kann. Das Etikett „Fordismus“ darf nicht dahingehend missverstanden werden, dass ein bestimmter Typus der Massenfertigung, etwa die Fließbandarbeit, unmittelbar als prägendes Merkmal des sozioökonomischen Entwicklungsmodells wirke.

Auf der ökonomischen Seite dieser Wachstumskonstellation lassen sich bestimmte Leitwaren identifizieren, insbesondere das private Automobil und eine Vielzahl langlebiger Konsumgüter. Der Gebrauch jener Leitwaren aber, auf denen die ökonomische Dynamik wesentlich beruht, ist keine Funktion des verfügbaren technischen und organisatorischen Produktionspotenzials, sie fällt vorwiegend in die Privatsphäre. Ihr massenhafter Absatz ist daher an zwei gesellschaftliche Voraussetzungen gebunden. Zum einen müssen die neuen Konsumformen gesellschaftlich akzeptiert werden: Die Konsumenten müssen das Autofahren dem Bahnfahren vorziehen, die eigene Waschmaschine dem Waschsalon oder der Wäscherei. Zum anderen muss sich dieser „Eigensinn der Konsumformen“ (Wittmann 1996) durch

4 Zur wirtschaftsgeschichtlichen Periodisierung wird zwischen „kleinen“, zyklischen Krisen im Rahmen eines spezifischen sozio-ökonomischen Entwicklungsmodells und „großen Krisen“ unterschieden, in denen dessen Anpassungsfähigkeit in Frage steht.

5 „Ein Akkumulationsregime ist prinzipiell mit einer ganzen Reihe verschiedener Regulationsweisen kompatibel. Sie verbinden sich jedoch nur dann zu einem relativ dauerhaften Reproduktionszusammenhang, wenn die gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte regulativ bearbeitet und ausbalanciert werden können.“ Eine solche gelingende Regulation wird als ‚Entwicklungsmodell‘ bezeichnet. (Bieling 2000: 201.)

6 Produktion bzw. Produktionssektor sind jeweils „weit“ zu verstehen, also einschließlich der Produktion ökonomisch vermittelter Dienstleistungen.

zahlungskräftige Nachfrage durchsetzen können: dazu müssen die Masseneinkommen, wenn auch bei fortbestehender Ungleichheit in der Einkommensverteilung, generell und langfristig steigen. Die wachsende Zahl der Lohnabhängigen ist in der doppelten Form steigender Einkommen und sozialer Leistungen am Produktivitätswachstum zu beteiligen. Zwischen Haushaltssektor und Produktionssektor kommt es in diesem Entwicklungsmodell zu typischen Austauschformen, die auf der einen Seite die Zusammensetzung des Arbeitskräfteangebots und der kaufkräftigen Nachfrage, auf der anderen Seite ein entsprechendes Warenangebot und die Einkommensverteilung bestimmen.

Das sozio-ökonomische Entwicklungsmodell einer Gesellschaft als Ausgangspunkt für eine Berichterstattung zu wählen, mindert nicht die Bedeutung übergreifender gesellschaftlicher *Trends*. Der Rückgriff auf Konzepte der Regulation löst keineswegs alle theoretischen und methodischen Fragen bei der Rekonstruktion des bundesdeutschen Entwicklungsmodells. Trotz ihres interdisziplinären Anspruchs ist die Regulationsschule im Wesentlichen ein makroökonomischer Erklärungsansatz geblieben, der gesellschaftliche Verhältnisse nur in Ausschnitten wahrnimmt. Zwei Schwächen dieser Forschungsrichtung erweisen sich für den Forschungsverbund als besonders gravierend: zum einen ihre mangelnde staats- und institutionentheoretische Fundierung (Hirsch 1994) und zum anderen ihre weitgehende gesellschaftstheoretische Blindheit gegenüber den sozialen Triebkräften des Umbruchs. So werden Probleme sozialer Integration in der Regulationstheorie als „Modalität zweiter Ordnung“ (Mahnkopf 1988) behandelt, und soziale Sicherung, Familienbeziehungen, Bildung, Lebensstile und Konsumformen kommen nur als untergeordnete Momente der Regulation des Lohnverhältnisses in den Blick (Bieling 2000: 201). Die Veränderungen aber in den Formen des Wissens, der gesellschaftlichen Kommunikation, des Geschlechterverhältnisses und der Haushalts- und Familienorganisation gewinnen im Zuge der großen Trends (die man als Entwicklung zur Dienstleistungs- oder Informationsgesellschaft bezeichnen mag), als Voraussetzungen für ökonomische Entwick-

lung ebenso wie für gesellschaftliche Integration zunehmend an Bedeutung. Ein beträchtlicher Teil der Expansion sozialer und personenbezogener Dienstleistungen in den letzten Jahrzehnten folgt der zunehmenden Externalisierung, Kommerzialisierung und Professionalisierung ehemals familialer Funktionen und verändert damit die Muster der Alltagskultur. Auch die Mesoebene des Unternehmens und der Betriebsorganisation und die Mikroebene der unmittelbaren Arbeit blendet die Regulationstheorie weitgehend aus. Insofern ist das theoretische Konzept der Regulation zu erweitern um die (soziologischen) Dimensionen, die mikro- wie außerökonomische Triebkräfte in den Blick rücken. So hat der Erfolg des Fordismus sowohl bei den Subjekten die Bedürfnisse im Hinblick auf Arbeit, Produkte und Kommunikationsformen erweitert und differenziert - die überall präsenten Stichworte des Wertewandels, der Individualisierung und Subjektivierung sind Ausdruck davon - als auch die Marktconstellationen verschoben und neben den Massenprodukten ein größer werdendes Segment individualisierter Warenangebote generiert. (Das heute im Zusammenhang der Internetökonomie entwickelte Konzept der „mass customization“ markiert den vorläufigen Endpunkt dieser Entwicklung). Und die langfristigen Trends des ökonomischen und technischen (Struktur-)Wandels, wie sie in der sektoralen Verschiebung der Wertschöpfung und Beschäftigung von Agrar-, Industrie- und Dienstleistungsökonomie und - auf der technischen Ebene - von Mechanik über Automatisierung zur Informatisierung ihren Niederschlag gefunden haben, sind in ihrem Kern formationsübergreifend, stehen in ihrer Dynamik und inhaltlichen Ausprägung aber in einer wechselseitigen Abhängigkeit mit den Formationsmerkmalen. In fordistischen Regimen (oder Modellen gesellschaftlicher Integration) wirken also übergreifende langfristige Entwicklungstrends ebenso wie spezifische nationale Entwicklungsmuster.

Entwicklungspfad

Zielen Trend und Formation eher auf die Diskontinuitäten gesellschaftlicher Entwicklungen, so zielt die Ka-

tegorie des Entwicklungspfads eher auf Kontinuität. Der Wechsel von „relativer Kontinuität mit relativer Diskontinuität ermöglicht Periodisierung“ (Jessop 2001: 9). Dies hat die Umbruchhypothese zu berücksichtigen, aus deren begrenztem Erklärungsanspruch sich notwendig die Anerkennung von Kontinuitäten ergibt. Nicht alles ändert sich, nicht alle Resultate der vorausgegangenen Entwicklung stehen in Frage. Basisinstitutionen „moderner“ Gesellschaften wie Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft, Sozialstaat (Zapf 1998) stehen nicht grundsätzlich zur Disposition. Geht man davon aus, dass die als „Fordismus“ bezeichnete Gesellschaftsformation sich etwa vom Ende der 40er Jahre ausgebildet hat und bis zur Mitte der 70er Jahre wirksam war, so stellt ihr Umbruch selbst bereits eine historische Phase beträchtlicher Dauer dar. Für das Verständnis dieser Phase ist eine Form der ungleichzeitigen und kombinierten Entwicklung bedeutsam, die sich über die Kategorie *Pfadabhängigkeit gesellschaftlicher Entwicklung* näher bestimmen lässt.

Pfadabhängigkeit wurzelt im spezifischen Institutionengefüge eines Landes, und dieses ist historisch wesentlich älter als der „Fordismus“, so dass nationale politische Kulturen und Traditionen, also historische Entwicklungspfade, das sozio-ökonomische Modell länderspezifisch prägen. Die Erosion des „fordistischen“ Produktions- und Sozialmodells vollzieht sich in diesem tradierten Institutionengefüge, das in wachsenden Widerspruch zum aktuellen ökonomischen und sozialen Geschehen tritt.

Wer von einer „fordistischen“ Gesellschaftsformation spricht, beschreibt mithin noch kein konkretes Entwicklungsmodell, sondern lediglich bestimmte gemeinsame Merkmale verschiedener Gesellschaften im gleichen Zeitraum, wie etwa den Zusammenhang von Massenproduktion und Massenkonsum oder die Expansion des Wohlfahrtsstaats. Als Entwicklungspfad lassen sich dagegen politische und soziale Muster kennzeichnen, die in einer bestimmten Gesellschaft über einen längeren historischen Zeitraum erkennbar sind, die also über den Erklärungsanspruch der Umbruchhypothese hinaus-

greifen - etwa die deutsche Politik des „mittleren Wegs“ (Schmidt 1999). Denkbar sind auch regionale bzw. übernationale Entwicklungspfade, wie etwa in der These vom „rheinischen Kapitalismus“ (Albert 1992) oder den „drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ (Esping-Andersen 1990). Bei der Analyse einer konkreten Gesellschaft betont die Kategorie „Formation“ die Diskontinuitäten, an denen eine historische Periodisierung ansetzt, die Kategorie „Entwicklungspfad“ dagegen institutionelle und politische Kontinuitäten.

Ergebnis einer historischen Rekonstruktion des bundesdeutschen Produktions- und Sozialmodells wäre ein „(west)deutscher Fordismus“, der schematisch in einer Matrix von „fordistischer“ Formation und (west-)deutschem Entwicklungspfad verortet werden kann. Fordismus, definiert als Verbindung von Massenproduktion und Massenkonsum, erfuhr in der bundesdeutschen Entwicklung eine spezifische sozialstaatliche Ausprägung, die weit in die Geschichte und Traditionen der deutschen Gesellschaft zurückgreift und den deutschen Entwicklungspfad kennzeichnet; dementsprechend hat er eine starke Verankerung im politischen System und im Bewusstsein der Bevölkerung. Wie stark Pfadbeeinflüsse und damit Kontinuitäten im deutschen Entwicklungsmodell tatsächlich sind, ist als offene Forschungsfrage zu verhandeln. Der Veränderungsdruck, unter dem die sozio-ökonomische Formation gerät, kann auch die Institutionen und Muster des einmal eingeschlagenen nationalen Entwicklungspfads auflösen. Die Möglichkeit eines Pfadwechsels auf einigen oder vielen gesellschaftlichen Feldern kann jedenfalls nicht vorab ausgeschlossen werden. So darf aus Esping-Andersens Typologie von Wohlfahrtsstaatsregimen nicht geschlossen werden, die bisherige Struktur des Sozialstaats schreibe die zukünftige weitgehend fest (Schmidt 1998).⁷

7 Der Begriff ‚Sozialmodell‘ findet im wissenschaftlichen und politischen Diskurs bisher vor allem dann Verwendung, wenn Kontinuitäten, d.h. prägende Einflüsse eines besonderen historischen Entwicklungspfads betont werden sollen. In unserem Ansatz soll er dagegen für eine zeitlich und national begrenzte Konstellation stehen, die wir als (west-)deutsches Produktions- und Sozialmodell bezeichnen. Gemeint ist nicht der besondere, längerfristige Entwicklungspfad des ‚deutschen Kapitalismus‘, sondern ‚nur‘ seine Ausprägung in der

In dieses Muster passen sich eine Vielzahl gesellschaftlicher Verhältnisse und Trends ein, die hiermit in keinem ursächlichen Zusammenhang stehen: etwa ein Geschlechterregime mit einem männlichen Hauptnährer und einem hohen Maß familialer Eigenarbeit, die bei insgesamt niedriger Frauenerwerbsquote überwiegend von Frauen geleistet wird, die Entwicklung zur Zweigenerationen-Familie und zu kleineren Haushalten, verlängerte Ausbildungszeiten und erweiterte individuelle Handlungsspielräume.

Die typischen Austauschmuster zwischen privaten Haushalten und Unternehmen - oder: zwischen Ökonomie und Lebenswelt - sind aber zugleich an zentrale politische bzw. institutionelle Regulierungen gebunden. Hierzu gehören beispielsweise die sozialstaatliche Absicherung des Lohnarbeitsverhältnisses in Form der beitragsabhängigen Sozialversicherung, die kollektive Regelung der Arbeitsverhältnisse in Form einer „Konfliktpartnerschaft“ zwischen Gewerkschaften und Unternehmensverbänden, das duale Prinzip der Interessenvertretung durch betriebliche Mitbestimmung und effektive Flächentarifverträge mit weitreichender Geltung, die im Betrieb verankerte und korporatistisch geregelte „duale“ Ausbildung für einen Großteil der mittleren beruflichen Qualifikationen. Sozialstaatliche Intervention spielt nicht nur eine wesentliche ökonomische Rolle, indem sie die Massenkaukraft stabilisiert, sondern nimmt durch Strukturierung von Lebensverläufen (etwa im öffentlichen Bildungssystem) und durch die Normierung von materieller Teilhabe (etwa der Wohnstandards durch den sozialen Wohnungsbau) wesentlichen Einfluss auf Lebensformen. Durch diese Regulierungen erweitert sich die Wechselbeziehung zwischen Ökonomie und Lebenswelt zu einem komplexen sozio-ökonomischen Arrangement, das Arbeitsmarktregime, Sozialstaatsregime und Geschlechterregime einschließt. Die

Umbruchhypothese besagt, dass dieses komplexe Arrangement „veraltet“ (Kaufmann 1997: 52): ökonomische und soziale Dynamik verstärken einander nicht mehr in der vertrauten Weise und geraten in Gegensatz zu den institutionellen Formen der Regulation, die auf diese Weise gleichfalls an „Leistungsfähigkeit“ (ebd.) im Sinne eines gleichgerichteten Wirkungszusammenhangs verlieren.

Betrachtet man etwa die demographische Entwicklung als einzelnes Moment sozialen Wandels, so stellt sich der Rückgang der Geburtenraten als „säkularer“ Trend dar, der mit einem „demographischen Sprung“ in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann. Weder dieser Trend noch sein wellenförmiger Verlauf in den Nachkriegsjahrzehnten lassen sich auf das „fordistische“ Produktions- und Sozialmodell zurückführen. Wohl aber hat diese Entwicklung ein bestimmtes „Geschlechterverhältnis“ und eine dominante Familienform zur Voraussetzung. Gesellschaftliche Entwicklungspfade beeinflussen also die natürliche Reproduktion der Gesellschaft. Daher müssen demographische Trends zur Erklärung des sozio-ökonomischen Entwicklungsmodells herangezogen werden, wie dieses umgekehrt zum Verständnis des konkreten Verlaufs demographischer Trends in einer bestimmten Zeitperiode (etwa das Verhältnis von Reproduktionsquoten zu institutionellen Regelungen der [Frauen-]Erwerbstätigkeit) beitragen kann.

Welchen Stellenwert die Kategorien der unterschiedlichen theoretischen Zugangsweisen zum sozio-ökonomischen Wandel für die Beschreibung und Deutung berichtsrelevanter Sachverhalte haben, lässt sich schwer vorab entscheiden. Das birgt die Gefahr des Eklektizismus. Diese stellte indes nur dann ein ernsthaftes Problem dar, wenn es der Berichterstattung um die Formulierung einer neuen Theorie sozialen Wandels ginge. Da dieses aber ausdrücklich nicht ihre Intention ist, sondern die Beschreibung und Deutung von konkreten Wandlungstendenzen im Verhältnis von Ökonomischen und Sozialen das Ziel ist, erscheint diese Gefahr beherrschbar.

„fordistischen“ Periode der Weltwirtschaft. Auch hat die Frage offen zu bleiben, ob die europäischen Gesellschaften ein solches Maß an Gemeinsamkeiten aufweisen, dass sich ein „europäisches Gesellschaftsmodell“ von einem „atlantischen“ oder US-amerikanischen Pfad abgrenzen ließe (Europäischer Rat 2001; Therborn 2000; Aust u.a. 2000), oder ob vielmehr in Europa eine Vielzahl sozioökonomischer Entwicklungsmodelle besteht, die durch vergleichende Forschungsansätze zu charakterisieren und zu typisieren wären (EU-Kommission 2001).

1.5. Die Konstruktion der Berichterstattung: Austauschbeziehungen zwischen Ökonomie und Lebenswelt - Themenfelder und Berichtsgegenstände

Der Wandel des Produktions- und Sozialmodells vollzieht sich in allen drei Kategorien, sowohl als Veränderung von Trends als auch von Entwicklungspfaden und Regulationsformen. Um ihr Zusammenwirken greifbar zu machen, bedarf es der Betrachtung jener ökonomischen, sozialen und politischen Handlungsfelder, welche das Produktions- und Sozialmodell als einen Zusammenhang wechselseitiger Austauschbeziehungen und Abhängigkeiten konstituieren (Abbildung 2). Diesen inneren Zusammenhang theoretisch genauer zu bestimmen, ist eine noch keineswegs abgeschlossene Aufgabe für die Verbundarbeit. Sie soll die empirische Beobachtungs- und Berichtsarbeit anleiten, kann jedoch nicht jede Entscheidung determinieren, die bei der Entwicklung eines Berichtskonzepts zu treffen ist.

Die Spannung zwischen Deutung und Daten versucht der Verbund durch eine Drei-Ebenen-Struktur der Darstellung zu meistern

- Sozio-ökonomisches Entwicklungsmodell,
- Themenfelder,
- Berichtsgegenstände (vgl. Abbildung 3).

Auf der ersten Ebene geht es um die Interpretation der Entwicklungstendenzen des Sozialmodells als Ganzem, d.h. um die Klärung dessen, wie die vielfältigen Veränderungen in Ökonomie und Gesellschaft im Einzelnen, die in den empirischen Daten sichtbar werden, unter dem Aspekt des Zusammenhangs, der durch den Begriff der sozio-ökonomischen Leistungsfähigkeit angezielt ist, zu bewerten sind (Stärkung oder Störung des Zusammenhangs).

Die Themenfelder „Integration, Gefährdung, Ausgrenzung“, „Formen der Erwerbsarbeit – Flexibilisierung und Subjektivierung“, „Informelle Arbeit“, „Bildung, Ausbildung und Beschäftigung“ und „Informatisierung“ repräsentieren zentrale Aspekte des sozio-ökonomischen Entwicklungsmodells und Perspektiven auf

dessen Umbruch. Jedes Themenfeld steht für eine bestimmte Dimension des sozio-ökonomischen Wechselverhältnisses und für einen bestimmten Interpretationszusammenhang. Die Themenfelder sind theoretisch konstruiert, sie finden keine direkte Entsprechung in einem einzelnen Politikfeld oder Feld gesellschaftlicher Praxis. Aus den Themenfeldern ergeben sich Fragestellungen für die Untersuchung einzelner Berichtsgegenstände und Maßstäbe für die Indikatorqualität von Daten sowie für die Bewertung empirischer Befunde. Die Perspektiven der Themenfelder werden im Einleitungsteil der Berichterstattung zu einer Gesamtsicht der Entwicklung des sozio-ökonomischen Entwicklungsmodells integriert (s.o.).

Während die Themenfelder für je eine Perspektive auf den Umbruch des sozio-ökonomischen Entwicklungsmodells stehen, handelt es sich bei den „*Berichtsgegenständen*“ um *in der gesellschaftlichen bzw. politischen Praxis abgegrenzte Gegenstandsbereiche*, die daher in der Regel auch ihre eigenen datenförmigen Spuren hinterlassen. Über welche Gegenstände der Verbund etwas wissen muss, um den Umbruch nach seinen Leitkategorien beobachten zu können, wird aus den Fragestellungen der Themenfelder heraus begründet. Zugleich müssen diese Gegenstände aber der empirischen Beobachtung zugänglich sein, und ihre Beobachtung und Dokumentation muss einen Fortschritt für bestehende Systeme der Berichterstattung versprechen. Jeder dieser Berichtsgegenstände kann für sich genommen als deskriptiv kritisiert werden. Das angestrebte besondere „relative“ Berichtsprofil ergibt sich erst aus der Kombination der ausgewählten Berichtsgegenstände und aus ihrer Interpretation in der Perspektive der Themenfelder.

Die in der Übersicht dargestellte Auswahl der Berichtsgegenstände beansprucht weder Vollständigkeit noch Abgeschlossenheit. Neue Berichtsgegenstände können schrittweise in die Beobachtung aufgenommen werden, bis ein stabiler empirischer Kern der Berichterstattung entstanden ist. Denkbar ist auch, dass die Berichtsgegenstände im Zuge der Verbundarbeit anders abgegrenzt oder zu komplexeren Arbeitspaketen verbunden werden.

Abbildung 2:
Sozio-ökonomisches Entwicklungsmodell

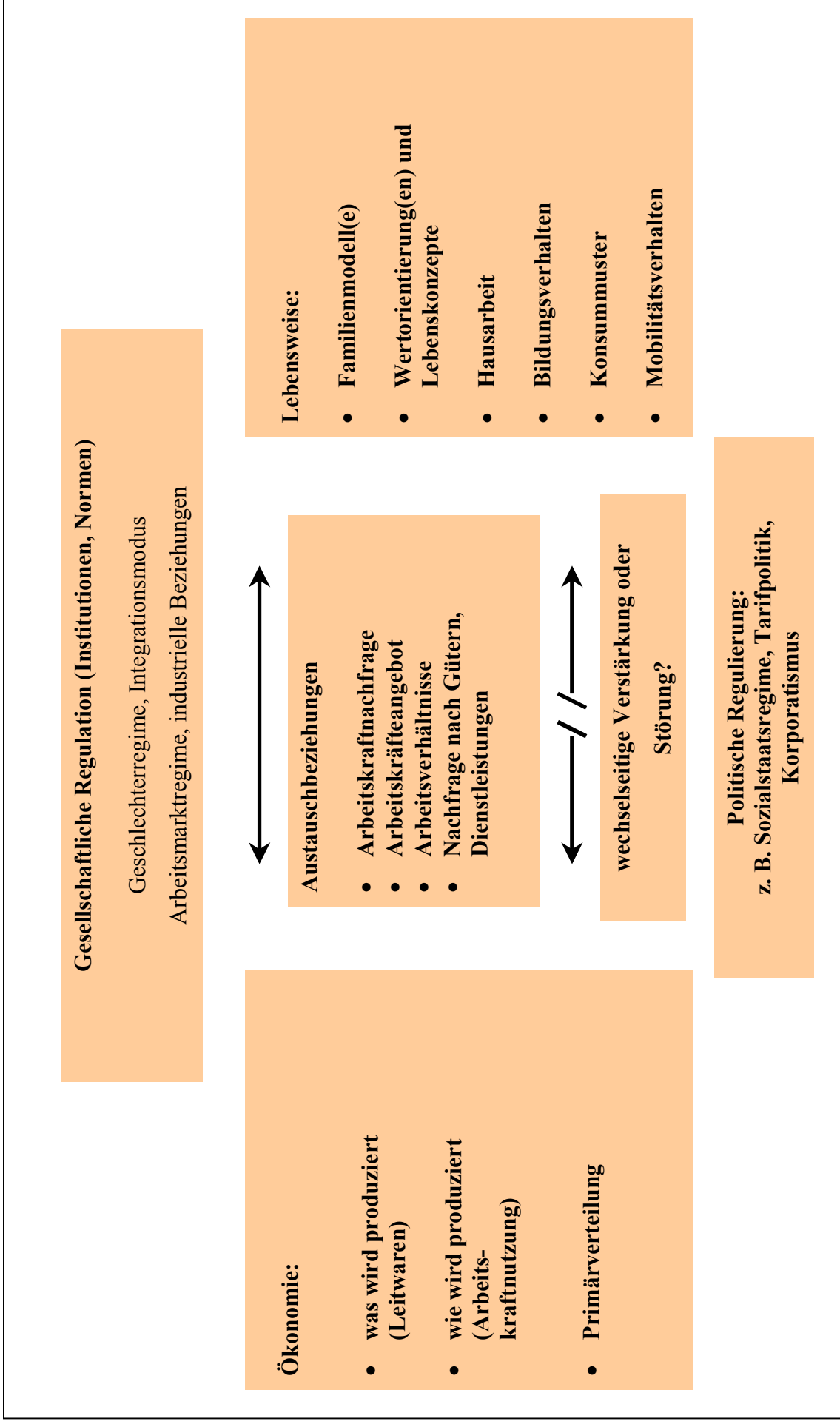
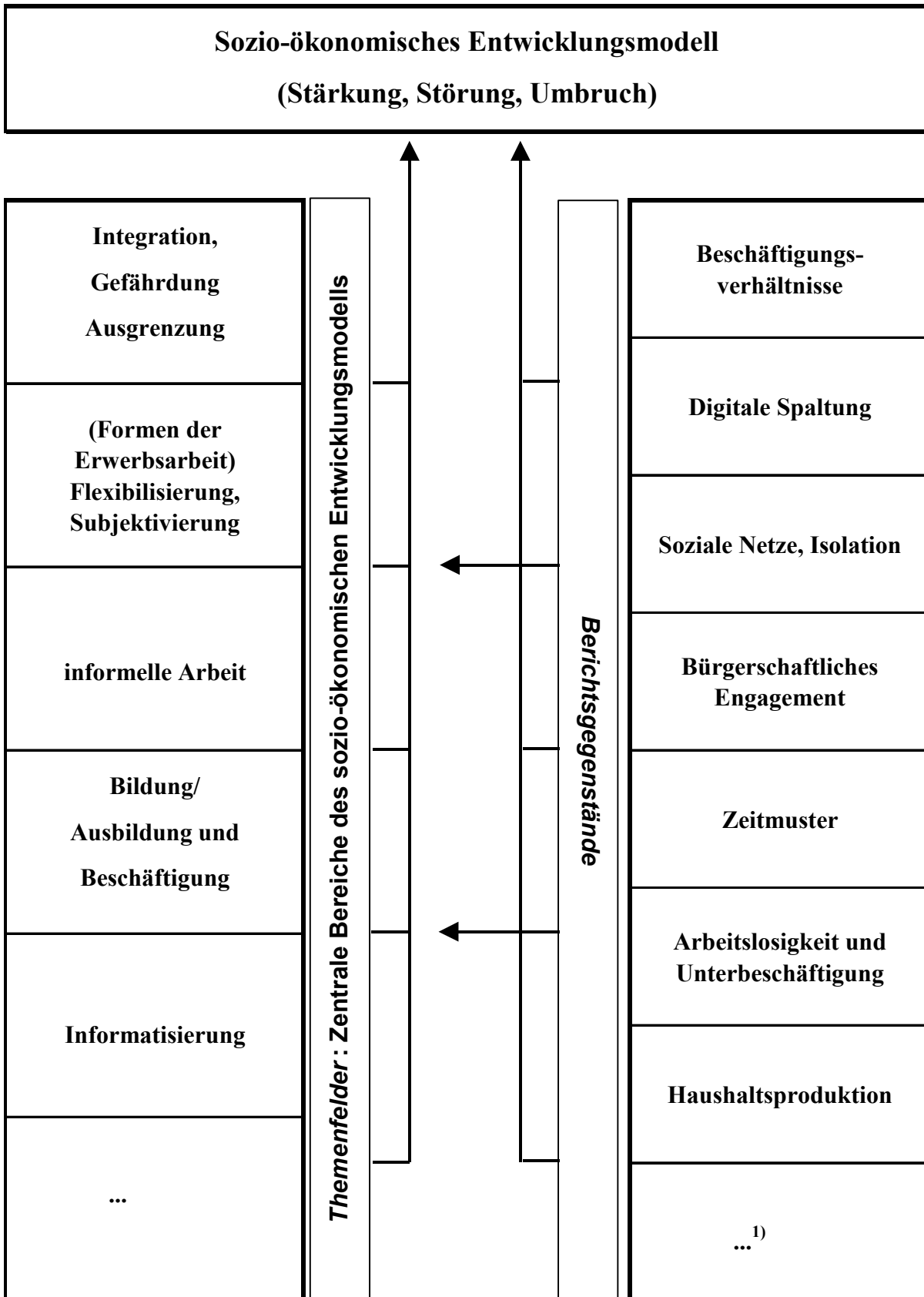


Abbildung 3:
Berichterstattung "sozio-ökonomische Leistungsfähigkeit": Ebenen der Darstellung



Literaturverzeichnis

- Aglietta, M. (2000): Ein neues Akkumulationsregime, Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg.
- Albert, M. (1992): Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt/Main.
- Aust, A.; Leitner, S.; Lessenich, S. (2000): Sozialmodell Europa, Eine konzeptionelle Annäherung, in: Aust, A./Leitner, S./Lessenich, S. (Hrsg.): Sozialmodell Europa, Konturen eines Phänomens, Opladen, S. 7 ff.
- Baethge, M.; Wilkens, I. (2001): "Goldenes Zeitalter" - "Tertiäre Krise": Perspektiven von Dienstleistungsbeschäftigung zu Beginn des 21. Jahrhunderts (Einleitung). in: Baethge, M./ Wilkens, I. (Hrsg.): Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung, Opladen, S. 9-19.
- Berger, S.; Dore, R. (Hrsg.) (1996): National Diversity and Global Capitalism, Ithaca and London.
- Bieling, H.-J. (2000): Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung, Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen, Münster.
- Boyer, R.; Durand, J.-P. (1997): After Fordism, Basingstoke/Hampshire u.a.
- Castells, M. (1996): The Rise of the Network Society, Malden/Oxford.
- Cohen, D. (2001): Unsere Modernen Zeiten. Wie der Mensch die Zukunft überholt, Frankfurt/New York.
- Crouch, C.; Streeck, W. (Hrsg.) (1997): Political economy and modern capitalism: mapping convergence and diversity, London u.a.
- Demirovic, A. (1997): Tendenzen im Fluss, Globalisierung und Krise des fordistischen Modells Deutschland, in: Cleve, G.u.a. (Hrsg.) Wissenschaft, Macht, Politik, Interventionen in aktuelle gesellschaftliche Diskurse, Münster, S. 284 ff.
- Dingeldey, I.; Gottschall, K. (2001): Alte Leitbilder und neue Herausforderungen : Arbeitsmarktpolitik im konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaat, Aus Politik und Zeitgeschichte, Vol. 51 (2001), S. 31-38.
- Dobb, M. (1970): Entwicklung des Kapitalismus vom Spätfeudalismus zur Gegenwart, Köln.
- Esping-Andersen, G. (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton (N.J.).
- EU-Kommission (2001): Ausbau des Potenzials an Humanressourcen in der Forschung und Verbesserung der sozio-ökonomischen Wissensgrundlage, Arbeitsprogramm, Sechste Änderung, Juli 2001, Brüssel, Vol., S.
- Europäischer Rat (2001): Europäische Sozialagenda (auf der Tagung des Europäischen Rates in Nizza am 07., 08. und 09. Dezember 2000 angenommen), Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 30.05.2001, C157/4 ff., Vol., S.
- Giddens, A. (1999): Der dritte Weg, Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt am Main.
- Giddens, A. (2001): Die Frage der sozialen Ungleichheit, Frankfurt am Main.
- Hirsch, J. (1994): Politische Form, politische Institutionen und Staat, in: Esser, J./Görg, C./Hirsch, J. (Hrsg.): Politik, Institutionen und Staat, Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg, S. 157 ff.
- Hobsbawm, E. (1995): Das Zeitalter der Extreme, Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/ Wien.
- Hradil, S.; Immerfall, S. (Hrsg.) (1997): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen.
- Hüber, K. (1998): Der Globalisierungskomplex : grenzenlose Ökonomie - grenzenlose Politik?, Berlin.
- Hübner, K.; Mahnkopf, B. (1988): Einleitung, in: Mahnkopf, B. (Hrsg.) Der gewendete Kapitalismus, Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation, Münster, S. 7 ff.
- Jessop, B. (2001): Nach dem Fordismus: Das Zusammenspiel von Struktur und Strategie, Das Argument 239, 43. Jg., Vol. 1/2001, S. 9 ff.
- Kaufmann, F.-X. (1997): Herausforderungen des Sozialstaats, Frankfurt am Main.
- Kaufmann, F.X. (2001): Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich, in: Bundesministerium für Arbeit, Bundesarchiv (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 1: Grundlagen der Sozialpolitik, Baden-Baden, S. 799-989
- Kitschelt, H.; Lange, P.; Marks, G.; Stephens, J.D. (Hrsg.) (1999): Continuity and Change in Contemporary Capitalism, Cambridge.
- Kocka, J.; Offe, C. (Hrsg.) (2000): Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen, Maßnahmen. Teil III: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn.
- Leibfried, S.; Pierson, P. (Hrsg.) (1998): Standort Europa, Europäische Sozialpolitik, Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und europäischer Integration, Frankfurt am Main.
- Lipietz, A. (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff 'Regulation', Prokla, Vol. 58, S. 109 ff.
- Lipietz, A. (1998): Drei Krisen, Die Metamorphosen des Kapitalismus und die Arbeiterbewegung, in: Lipietz, A. (Hrsg.) Nach dem Ende des 'Goldenen Zeitalters', Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften, Berlin/ Hamburg, S. 24 ff.
- Lutz, B. (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität : eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/Main; New York.

- Mahnkopf, B. (1988): Soziale Grenzen ‚fordistischer Regulation‘, in: Mahnkopf, B. (Hrsg.) *Der gewendete Kapitalismus, Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation*, Münster, S. 99 ff.
- McKeown, T. (1999): The global economy, post-Fordism, and trade policy in advanced capitalist states, in: Kitschelt, H./Lange, P./Marks, G./ Stephens, J.D. (Hrsg.): *Continuity and change in contemporary capitalism*, Cambridge, S. 11-35.
- Ostner, I. (1998): Quadraturen im Wohlfahrtsdreieck. Die USA, Schweden und die Bundesrepublik im Vergleich, in: Lessenich, S., Ostner, I. (Hrsg.): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus, Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*, Frankfurt am Main, New York, S. 225-252.
- Sauer, D.; Döhl, V. (1997): Die Auflösung des Unternehmens? - Entwicklungstendenzen der Unternehmensreorganisation in den 90er Jahren, in: IfS, I., ISF, SOFI (Hrsg.) *Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung 96, Schwerpunkt: Reorganisation*, Berlin, S. 19 ff.
- Schmidt, M.G. (1999): Immer noch auf dem "mittleren Weg"? Deutschlands politische Ökonomie am Ende des 20. Jahrhunderts, *ZeS-Arbeitspapiere 7/1999*, Universität Bremen.
- Schmidt, M.G. (2000): *Demokratiethorien - eine Einführung*, 3. überarb. und erw. Auflage, Opladen.
- Siegrist, H.; Kaelble, H.; Kocka, J. (Hrsg.) (1997): *Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums (18. bis 20. Jahrhundert)*, Frankfurt/New York.
- SOFI (Hrsg.) (1995): *Im Zeichen des Umbruchs. Beiträge zu einer anderen Standortdebatte*, Opladen.
- Streeck, W. (1995): *German Capitalism: Does it exist? Can it survive?* MPIFG discussion paper, Köln.
- Therborn, G. (2000): *Die Gesellschaften Europas 1945-2000*, Frankfurt am Main, New York.
- Vester, M.; Oertzen, P.v.; Geiling, H.; Hermann, T.; Müller, D. (2001): *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Zwischen Integration und Ausgrenzung, erweiterte und aktualisierte Fassung*, Frankfurt am Main.
- Wagner, P. (1999): *Die Modernität der sozialen Welt, Soziale Welt*, Vol. 50, S. 449-458.
- Wehler, H.-U. (2000): *Umbruch und Kontinuität, Essays zum 20. Jahrhundert*, München.
- Wittemann, K.P. (1996): Warum sollte sich die Industriosozioologie mit den Veränderungen von Konsumformen befassen? Plädoyer für einen anderen Zugriff auf industrielle Restrukturierung, *SOFI-Mitteilungen 23, Vol.*, S. 119 ff.
- Wittke, V. (1996): Vertikale versus horizontale Desintegration. Zu unterschiedlichen Erosionsdynamiken des Großunternehmens im Prozeß industrieller Restrukturierung, in: Clausen, L. (Hrsg.) *Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995*, Frankfurt/New York
- Zapf, W. (1998): *Modernisierung und Transformation*, in: Schäfers, B./Zapf, W. (Hrsg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, Opladen, S. 472 ff.
- Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (1998): *Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit, Drei Ziele - ein Weg*, Bonn.